

# Zweischneidiges Schwert

**Im ersten Teil unseres Bürokratie-Dreiteilers hatten wir dargelegt, weshalb demokratische, moderne, hoch entwickelte und komplexe Gesellschaften ohne ein gewisses Maß an Verwaltung und Vorgaben nicht existieren könnten. Dennoch zeigen unsere Beispiele hier, welche Belastungen dadurch entstehen können.**

**E**in großer Teil der Bürokratie dient der Gefahrenabwehr und Bekämpfung krimineller Machenschaften. Als unvermeidliche Folge davon müssen jedoch auch alle ehrlichen Menschen einen nicht unerheblichen Aufwand betreiben, um Missbrauch zu verhindern oder um ihn juristisch zu verfolgen. Die Ehrlichen sind nicht die Verursacher des Problems, müssen aber darunter leiden. Gleichwohl gilt: Bürokratie schützt vor Kriminalität und ist der Preis für Sicherheit und die Vorteile unserer rechtsstaatlichen Ordnung.

Mit dem in der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) geregelten Datenschutz soll jeder Bürger selbst entscheiden können, welche seiner Daten von wem verwendet werden dürfen. Es geht also um das Persönlichkeitsrecht, das Vermeiden eines ungezügelt Handels mit persönlichen Daten und Adressen sowie den Schutz vor deren Missbrauch und einer Werbeflut. Dieser positive Grundgedanke soll die Intimsphäre der Bürger schützen.

Während wir die Vorteile dieser Regelungen kaum wahrnehmen können, weil ihr

Schutz eben im besten Fall einen Schaden verhindert, bringen sie jedoch durch die Anwendung im Alltag viel Lästiges mit sich: Etwa muss ein Patient bei Arztbesuchen Formulare unterschreiben, welche die Praxis als Nachweis archivieren muss; oder beim Check-in im Hotel müssen Adressdaten erneut angegeben werden, da das genutzte Buchungsportal diese nicht weitergeben darf.

## Sinnvolles Recht auf Reparatur

Aktuelles Beispiel mit Relevanz für unsere Branche ist die EU-Richtlinie zum Recht auf Reparatur, die bis zum 31. Juli 2026 in nationales Recht umgesetzt sein muss. Um der Wegwerfgesellschaft ein Stück weit Einhalt zu gebieten und Elektroschrott zu reduzieren, sollen Hersteller zur Ersatzteilbereitstellung verpflichtet werden, damit außerhalb der Gewährleistungsfrist Reparaturen möglich sind. Ein grundsätzlich sinnvoller Ansatz, vorausgesetzt, die Ausgestaltung bleibt praktikabel – aber ohne zusätzliche Bürokratie wird er kaum umsetzbar sein.

Entbürokratisierung findet aber gleichzeitig statt. Dazu zwei Beispiele: So wird die Druckluftverordnung abgeschafft, womit in den Betrieben auch Druckluftbeauftragte entfallen. Und Sicherheitsbeauftragte sind künftig erst in Betrieben ab 50 Beschäftigten vonnöten, davor ab 20.

## Was erleben Branchenunternehmen?

Doch welche bürokratischen Belastungen erleben Unternehmen der Fahrradbranche? Die Verantwortlichen dreier namhafter Firmen haben uns darüber berichtet. Jeder bezeichnet das Thema als belastend, wenngleich aus unterschiedlichen Perspektiven. Das Gespräch mit Guido Müller, dem Geschäftsführer von Busch und Müller in Meinerzhagen, verläuft in professioneller Nüchternheit. Er ist reflektiert genug, um den Sinn hinter vielen der bürokratischen Anforderungen zu erkennen und sie zu unterstützen.



Bei Arbeits- oder Brandschutz etwa seien hohe Hürden sinnvoll. So habe Busch und Müller vor ein paar Jahren beispielsweise eine voll funktionsfähige Stanze aus dem Verkehr gezogen, weil an der Maschine notwendige Sicherheitseinrichtungen nicht mehr nachzurüsten gewesen seien. So etwas schmerze, sei aber in der Sache richtig.

Es sei jedoch alles eine Frage der Verhältnismäßigkeit. In der Summe und durch die ständige Zunahme der Vorgaben ist Müller von der gesetzlichen Bürokratie genervt und findet manches übertrieben. Etliche Verschärfungen der letzten Jahre wurden durch die Europäische Union veranlasst, denn einige EU-Gesetze mussten zuletzt mit nationalem Recht harmonisiert werden. Im Ergebnis ist das häufig mit Verschärfungen verbunden – und vieles ist für ein Unternehmen in der Größenordnung von Busch und Müller schon eine Belastung, sowohl mental als auch finanziell.

### **Überbordende Dokumentationspflichten**

»Weil die Vorgaben immer höher werden, müssen wir hochbezahlte Fachleute dafür einstellen«, sagt Müller, und diese Spezialisten seien nicht einfach zu bekommen: »Diese Leute tragen erstmal nichts zur Wertschöpfung im Unternehmen bei, das bläht nur unseren Wasserkopf auf – und muss finanziert werden.« Um den gesetzlichen Vorgaben gerecht zu werden, produziere man sehr viel Papier nur zu dem Zweck, die Ordner vorzeigen zu können, »wenn mal einer danach verlangt«. Da frage man sich schon manchmal: Macht das Sinn? Muss das jetzt tatsächlich sein?

Guido Müller nennt dazu eine aktuelle gesetzliche Verschärfung: Immer schon sei es in Firmen erforderlich gewesen, »ortsveränderliche Elektrogeräte« regelmäßig überprüfen zu lassen. Ist die Steckdose intakt, funktionieren Lampe und Handbohrer, sind alle Kabel sicher? Bei Busch und Müller gibt es Tausende solcher Kleingeräte und man habe eigene Leute darauf geschult, diese Überprüfungen vorzunehmen.



### **»Weil die Vorgaben immer höher werden, müssen wir hochbezahlte Fachleute dafür einstellen.«**

**Guido Müller  
Busch und Müller**

Nach der Gesetzesverschärfung dürfen aber nur noch ausgebildete Elektrofachkräfte die Prüfungen durchführen. In der Konsequenz musste eine externe Firma damit beauftragt werden, die mehr als drei Wochen mit fünf Personen durch die Firma ging, um alles zu überprüfen. Die zusätzlichen Kosten lagen im fünfstelligen Bereich. »Dieses Geld hätten wir lieber sinnvoller investiert«, sagt Müller.

### **Blüten der Bürokratie**

Nicht neu, aber vielleicht auch etwas übertrieben, es muss es einen geschulten »Beauftragten für Leitern« geben. Seine Aufgabe besteht in der jährlichen Überprüfung aller im Einsatz befindlichen Leitern: Sind sie standsicher, sind alle Stufen fest? Ob dafür nicht der »gesunde Menschenverstand« ausreicht, sondern es wirklich einen formalisierten Beauftragten in jedem Betrieb brauche, fragt sich Müller

Grundsätzlich sei etwa auch Datenschutz wichtig und selbstverständlich habe man einen Beauftragten dafür, aber beispielsweise die gesetzliche Vorgabe, die Bewerbungen nach sechs Monaten vernichten zu

müssen, sei ungünstig. Dazu ergänzt Guido Müller: »Denn, was mache ich, wenn ich nach einem Dreivierteljahr genau die Stelle anzubieten habe, auf die sich jemand schon beworben hatte, als noch kein Bedarf vorhanden war?« Busch und Müller fragt deshalb jeden guten Bewerber, ob die Bewerbung länger als sechs Monate aufbewahrt werden darf, um gegebenenfalls darauf zurückkommen zu können. Darauf habe es noch kein Nein gegeben.

In einem Unternehmen von der Größenordnung Busch und Müllers landet jede neue Anforderung zuerst auf dem Schreibtisch des Chefs. Da in der Firma meistens alle »gut zu tun haben«, bleibt oft nur, neues Personal dafür einzustellen oder Aufgaben extern zu vergeben. So musste Busch und Müller ein Energie-Audit durchführen lassen, obwohl die thematisch in dieselbe Richtung zielende Zertifizierung nach DIN EN ISO 14001, ein weltweit akzeptierter Standard für Umweltmanagementsysteme, bereits zuvor freiwillig erfolgt sei. Zu betrieblichen Verbesserungen habe das Audit nicht geführt, nur mehrere Aktenordner gefüllt.

### **Immer noch »eins obendrauf«**

Ab 2026 wird in EU-Ländern die Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung nach CSRD (Corporate Sustainability Reporting Directive) ausgeweitet – »grundsätzlich eine sinnvolle Sache«, sagt Müller, »aber auch das muss nun zusätzlich gewuppt werden«. Hier ändere DIN EN ISO 14001 ebenfalls nichts an den CSRD-Verpflichtungen.

Müller kann nachvollziehen, dass die EU und Deutschland einheitliche gesetzliche Standards verlangen, »aber es ist eben sehr anstrengend, zumal wir momentan – wie viele in der Branche – mit ganz anderen Problemen zu kämpfen haben: Wie kann ich die Firma wirtschaftlich stabilisieren, wie können wir Arbeitsplätze erhalten und den Standort sichern?« In die Umsetzung bürokratischer Anforderungen würden erhebliche Ressourcen fließen, was nicht helfe, aktuelle Herausforderungen zu überwinden.

Dass staatliche Bürokratie in der Summe für viele Unternehmen ein Problem darstellt, ist inzwischen gesellschaftlich und politisch allgemein anerkannt und die Parteien überbieten sich bei den Forderungen nach staatlicher »Deregulierung«.

Doch wer ist für das Problem eigentlich verantwortlich? In den 28 Jahren, seit Guido Müller bereits Geschäftsführer von Busch und Müller ist, hatte Deutschland die unterschiedlichsten Regierungen. »Es ist gefühlt kontinuierlich mehr geworden«, erklärt Müller, »unabhängig von den jeweiligen Regierungskonstellationen. Vieles hat mit dem verständlichen Wunsch der EU nach Einheitlichkeit in den Ländern zu tun, aber unterm Strich kommen letztlich immer weitere Anforderungen dazu.«

### Wunsch nach mehr EU

Marcel Spork, Vertriebsleiter bei SKS Metaplast Scheffer-Klute, beschreibt die für ihn noch viel belastendere Situation, wenn eine EU-Norm fehlt und jedes Land seine eigenen Regeln hat, beispielsweise bei Verpackungskennzeichnungspflichten: Frankreich macht andere Vorgaben als Italien oder Deutschland und die Länder ändern diese wiederum jeweils zu unterschiedlichen Zeitpunkten. »Das ist ein Riesenaufwand für uns«, sagt Spork, »und ein sehr schmerzhaftes Beispiel für ein Versagen der Europäischen Union. Hier besteht Handlungsbedarf.«

Die Produktsicherheitshinweise basieren zwar auf EU-weit gültigen Verordnungen, aber auch hier sind Umfang und Sinnhaftigkeit fraglich. Spork dazu: »Seien sie auch noch so abwegig – wir müssen sie jedem Produkt beilegen, in allen erdenklichen Sprachen. Und wer liest sie dann wirklich vollumfänglich bei einem Schutzblech?«

### Aufwand durch Kundenzwang

Ein SKS-Beispiel belegt auch, wie staatliche Vorgaben indirekt zu bürokratischem Aufwand führen können: So verlangen Kunden aus Industrie und Handel, beispielsweise Einkäufer von Standpumpen mit Holzgriff,



**»Die aktuelle Entwicklung von immer mehr Managern aus dem Automobilbereich in der Fahrradbranche betrachte ich mit Sorge.«**

**Marcel Spork  
SKS Metaplast Scheffer-Klute**

Herkunftsnachweise, dass das dazu verwendete Holz der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) entspricht. Dasselbe gilt für Produkte mit Gummidichtungen aus Kautschukbestandteilen. Der Hersteller muss sich also mit all diesen Kundenanfragen auseinandersetzen, selbst wenn die Thematik für das konkrete Produkt nicht relevant ist.

### Mehr Branchen, mehr Standards

Da SKS ein Viertel seines Umsatzes mit der Automobilindustrie erwirtschaftet, muss das Unternehmen zwingend zertifiziert sein nach entsprechenden Qualitätsmanagement-Standards wie IATF 16949. »Das verlangt natürlich schon eine ganze Menge an Bürokratie. Einmal im Jahr kommt der TÜV und auditiert uns«, sagt Marcel Spork, »sonst dürften wir nicht liefern.«

»Bis zum Sommer müssen wir auch noch den TISAX-Standard vom VDA umsetzen, ein Prüfverfahren für Informationssicherheit in der Automobilindustrie. Lieferanten müssen sauber dokumentieren, dass keinerlei Daten an Dritte gelangen können. Dazu

gehört zum Beispiel, dass Bildschirme künftig nicht mehr zum Flur hin ausgerichtet sein dürfen und einzelne Bürotüren abends verschlossen sein müssen«, erläutert Spork.

### Automotive-Sitten in Fahrradbranche?

Bürokratische Anforderungen, die sich Firmen gegenseitig auferlegen würden, seien neben den staatlichen also auch »ein ordentlicher Block«, erklärt Marcel Spork. Und er fährt fort: »Die aktuelle Entwicklung von immer mehr Managern aus dem Automobilbereich in der Fahrradbranche betrachte ich mit Sorge. Dabei geht es mir nicht nur um Zertifizierungen und die zusätzlich drohende Bürokratie, sondern um die ganzen Gepflogenheiten im Automotive-Bereich. Ich hoffe aber, dass sich die Fahrradbranche ihre gewachsene Kultur erhalten kann.«

Beim Lieferkettengesetz sieht Spork außer den bürokratischen Belastungen die positiven ethischen Ziele. Seiner Einschätzung nach ergeben sich aus den Berichtspflichten auch viele Chancen, insbesondere für die Unternehmenskommunikation.

### Unerwartete Trump-Folgen

Auch die unberechenbaren Zölle des US-Präsidenten sind für SKS ein Thema und sorgten anfangs für große Unsicherheit. Um höhere Zahlungen zu vermeiden, hat das Unternehmen einen Teil der Produktion zur amerikanischen Tochtergesellschaft verlagert und liefert Radschützer nun in Einzelteilen dorthin. Der Aufwand sei zwar höher als vorher, halte sich aber in Grenzen.

Die gesellschaftliche Polarisierung in den USA in Anhänger und Gegner von Präsident Trump habe jedoch auch bei SKS USA zu Spannungen innerhalb der Firma und unter den Beschäftigten geführt.

Text: Albert Herresthal  
Fotos: Hersteller  
Bild: Adobe